

Hans-Wilm Schütte

## Taiwan zwischen den Zeiten

### Jahresrückblick 2002 und Ausblick

#### Die Problemfelder

Woanders mag es auch so sein, dass die Probleme sich schneller vermehren, als die Regierung sie abarbeiten kann. Taiwans Regierung unter Präsident Chen Shui-bian jedenfalls ist in solcher Lage; hinzu kommt allerdings ein Problem, dass in dieser Weise in keinem anderen Staat zu finden ist, kein hausgemachtes freilich, sondern ein historisch gewachsenes: Taiwan steckt in einem Identitätsdilemma, das sich als umso lösungsresistenter erweist, je dringender eine Lösung wird. Die Tatsache, dass in Taipei eine Minderheitsregierung gegen eine Oppositionsmehrheit steht, ist dabei nur ein Teil – und zwar der kleinere Teil – des Problems. Der größere Teil besteht darin, dass Regierung und Oppositionslager in grundlegenden Fragen taiwanischen Selbstverständnisses differieren und kaum eine gemeinsame Gesprächsbasis finden, und dass diese Parteien ebenso divergierende Grundstimmungen in der Bevölkerung, im öffentlichen Bewusstsein widerspiegeln. Natürlich geht es dabei um Fragen der Chinapolitik. Impliziert ist die ungeklärte Frage, was Taiwan überhaupt sein will. Es ist die Frage nach der taiwanischen Identität und damit die entscheidende Frage für die Zukunft: Was will Taiwan werden? Geht es „heim ins Reich“ und wenn ja, wie und wann? Kann sich Taiwan gegenüber dem immer mächtigeren Nachbarn auf dem chinesischen Festland behaupten, und wenn ja, wie? Und wenn keins von beiden: Wie lange ist der Status quo noch aufrechtzuerhalten, und falls man das will: Was muss man dafür tun?

Im letzten Jahr schlug sich dieser Problemkreis in folgenden praxisnäheren Gesichtspunkten nieder, die zugleich im Vordergrund des Interesses und der politischen Debatten standen:

1. Welche wirtschaftspolitischen Perspektiven formuliert Taiwan, nachdem für das Land (formal als „Zollgebiet“ definiert) mit dem Beitritt zur Welthandelsorganisation WTO am 1.1.2002 eine neue Epoche anbrach?
2. Wie weit und wie schnell soll (oder darf) Taiwan seine Wirtschafts- und Verkehrsbeziehungen mit der VR China liberalisieren, und wie verhalten sich Chancen und Risiken dabei zueinander?

Bei beidem fehlt es erwartungsgemäß ebenfalls an Konsens, wenn auch im ersten Bereich weniger im politischen als im gesellschaftlichen Feld. Besitzstandswahrer kämpfen auch in Taiwan gegen Erneuerer. Im abgelaufenen Jahr kam es deswegen bereits zu gesellschaftlichen Konflikten und zu einer Regierungskrise.

Ein zweites großes Problemfeld ist das der taiwanischen Verfassung und des Zustands der taiwanischen Demokratie. Taiwan leistet sich im demokratischen Prozess nach wie vor Verfahrensweisen, die die lebensnotwendige Identifizierung der Bevölkerung mit ihrem Regierungssystem unerträglich erschweren und damit wiederum jene Identitäts- und Konsensbildung verhindern, die nötig wäre, um ebendieses Problem in den Griff zu bekommen – ein gefährlicher *Circulus vitiosus*, den zu überwinden kein Politiker mit dem gebotenen Nachdruck angeht und der zudem in Politik und Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird.

Ein dritter Problemkreis ist der militärische. Der Regierung in Taipei bereitet das festlandschinesische Rüstungsprogramm zunehmend Sorgen. Die USA können oder mögen Taiwan nicht an Waffen liefern, was Taiwan zu benötigen meint, anderes – deutsche oder niederländische Diesel-U-Boote – ist nicht zu bekommen, aber die Inselrepublik mag sich auch nicht zu jenem Mehr an eigenen Rüstungsanstrengungen entschließen, das nötig wäre, um der wachsenden Bedrohung zu begegnen. Wie lange noch wird es dauern, bis Taiwan militärisch erpressbar wird?

#### 2002: Grunddaten und wichtige Ereignisse im Überblick

Der Neujahrstag 2002 bedeutete für Taiwan ein lang ersehntes Datum: Das Land wurde Mitglied der Welthandelsorganisation WTO. Der Beitritt wurde nicht nur im Hinblick auf eine verbesserte Positionierung der wichtigen Exportwirtschaft im Weltmarkt angestrebt, sondern mindestens ebenso sehr, weil der auf internationalem Parkett marginalisierte Staat dadurch – wenn auch nominell nur in seiner Eigenschaft als Zollgebiet – erstmals nach langen Jahren wieder weltweite politische Präsenz zeigen konnte. Dies schlug sich, wie von Taiwan erhofft, auch gegenüber China nieder: Im Dezember kam es am WTO-Sitz Genf erstmals zu direkten Verhandlungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße – auf der Beijings Seite offenbar zähneknirschend, denn dort hatte man sich gegen derlei faktische Unterminierung der Ein-China-Doktrin lange Zeit gesperrt und das Unausweichliche mit terminologischen Finten zu verhindern versucht.<sup>1</sup>

Zudem begann das neue Jahr mit einer umfassenden Kabinettsumbildung. Anlass war der von der Verfassung vorgesehene und am 21. Januar vollzogene Rücktritt des gesamten Kabinetts nach den Parlamentswahlen vom 1.12.2001. Wichtigste Personalie war die Ablösung des glücklosen und ungeschickten Chang Chun-hsiung (Zhang Junxiong) durch Yu Shyi-kun (You Xikun) auf dem Posten des Ministerpräsidenten.<sup>2</sup>

<sup>1</sup>TT, 6.12.2002; CNAT, nach BBC EF, 13.12.2002.

<sup>2</sup>Vgl. C.a., 2002/1, Ü 36.

Die für die Zukunft vielleicht interessanteste Personalländerung allerdings war die glänzend gewonnene Wiederwahl von Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu) als Bürgermeister von Taipei.<sup>3</sup> Ma gehört der Nationalen Volkspartei KMT an und gilt dank seiner außerordentlichen Popularität und seines politischen Geschicks als deren Hoffnungsträger, hat im Parteiestablishment allerdings derzeit noch eine Außenseiterposition inne.

Wirtschaftlich war das erste Halbjahr geprägt von einer zunächst etwas schleppend verlaufenden, sich dann aber dynamisch beschleunigenden Erholungsphase nach der schlimmsten Rezession der taiwanischen Wirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg. War die Wirtschaft im 4. Quartal 2001 noch um 1,64% geschrumpft, entwickelte sie sich 2002 wie folgt:

- 1. Quartal +1,54%
- 2. Quartal +4,18%
- 3. Quartal +5,64%

Für das ganze Jahr 2002 wurde Anfang Februar 2003 ein vorläufiger Wachstumswert von +3,27% errechnet.<sup>4</sup> Damit steht Taiwan zwar unter den entwickelten Volkswirtschaften nicht schlecht da, bleibt aber deutlich hinter den Werten von meistens über 5% jährlich zurück, mit denen Taiwan in den 90er Jahren glänzte. Für 2003 wurde Anfang Februar ein Jahreswirtschaftswachstum von etwa 3,4% prognostiziert.

Diese gar nicht ungünstig klingenden Zahlen verdecken eine allseits beklagte Strukturkrise, die sich 2002 vor allem in Rekordwerten bei der Erwerbslosigkeit bemerkbar machte: Das Jahresmittel lag erstmals bei über 5% und damit etwa doppelt so hoch wie im Schnitt der 90er Jahre; im August wurde mit 5,35% (Männer: 6,02%) die bisherige monatliche Höchstquote erreicht.<sup>5</sup>

Hintergrund der Probleme und Auslöser der durch die wiedergewonnenen Wachstumswerte teilweise verdeckten Krise ist die Abwanderung von Produktionsbetrieben aus Taiwan, und zwar in allererster Linie auf das chinesische Festland. Folgende Zahlen veranschaulichen die Dimension, die diese Entwicklung 2002 erreichte:

Jahr	genehmigtes Volumen indirekter Investitionen auf dem Festland (in 1.000 US\$)	
	gesamt	davon Elektrotechnik und Elektronik
1997	4.334.313	875.044
1998	2.034.621	758.975
1999	1.252.780	537.751
2000	2.607.142	1.464.775
2001	2.784.147	1.254.834
97-01 Schnitt	2.602.601	978.276
2002	6.723.058	2.618.684

Quelle: [www.moea.gov.tw/~meco/stat/four/english/english4.htm](http://www.moea.gov.tw/~meco/stat/four/english/english4.htm), Tabelle D-6, 13.2.2003.

<sup>3</sup>Vgl. C.a., 2002/12, Ü 41.

<sup>4</sup>Quartalszahlen nach *Monthly Bulletin of Statistics*, Januar 2003, Tabelle H-1; Schätzung für 2002 nach <http://www.dgbase.gov.tw/english/dgbase-e0.htm>, Tabelle „Key Economic and Social Indicators“, 13.2.2003.

<sup>5</sup>*Monthly Bulletin of Statistics*, vol.28, no.9 (Nov. 2002), S.6.

Das heißt: 2002 schossen die offiziellen Investitionen taiwanischer Unternehmen auf dem chinesischen Festland gegenüber dem Durchschnitt der vorangegangenen fünf Jahre um 258% in die Höhe. Bei der Elektro- und Elektronikbranche, dem mit großem Abstand größtem Posten in der entsprechenden Statistik, lag der entsprechende Wert mit 268% noch darüber. (Die entsprechenden Zahlen für die Jahre vor 1997 liegen noch deutlich niedriger.) Das heißt, dass in stärkerem Maße als bisher Arbeitsplätze abwandern, die gemeinhin dem Hightech-Sektor zugerechnet werden – in „Billigbranchen“ wie der Nahrungsmittelverarbeitung oder der Herstellung von Plastikwaren vollzog sich dieser Prozess bereits früher. Allerdings erreichten die Abwanderungsinvestitionen außer bei der Nahrungsmittelindustrie auch in den anderen der sechs Rubriken der betreffenden Statistik im vergangenen Jahr einen Spitzenwert; neben Elektro und Elektronik waren dies Plastikwaren, Metallgrundstoffe, Präzisionsgeräte und „sonstige“. Die tatsächlichen Investitionen taiwanischer Unternehmen auf dem Festland sind sogar noch höher, denn vielfach wird der Umweg über ausländische Tochtergesellschaften genommen. Es stimmt zwar, dass die Zahlen von Jahr zu Jahr stark schwanken und die Zunahme von 2001 auf 2002 nichts über den Wert aussagt, den 2003 bringen wird, dennoch ist der Trend weg von Taiwan aufs Festland mit seinen billigen Löhnen längerfristig eindeutig, und es ist nicht zu erkennen, warum er sich nicht fortsetzen sollte.

Die Debatte, ob Taiwan an den bisherigen Restriktionen für Investitionstätigkeit taiwanischer Unternehmen auf dem chinesischen Festland festhalten oder, wie seitens der Wirtschaft nachdrücklich gefordert, liberalere Regeln einführen sollte, entschied die Regierung im März im Sinne einer vorsichtigen Revision der Regeln; sie trat Anfang August in Kraft. Viel ändert sich dadurch jedoch nicht. Die Restriktionen wurden lediglich entschärft, das Verfahren etwas vereinfacht.<sup>6</sup> Anträge nach den neuen Regeln wurden bis Jahresende nicht genehmigt; die 2002 zu konstatierende Zunahme der genehmigten Investitionen auf dem Festland erfolgte daher unabhängig von dieser leichten Lockerung der Beschränkungen.

Im November kam es in Taiwan zu einer Regierungskrise, als sich Landwirte und Fischer in der Hauptstadt zur größten Demonstration zusammenfanden, die Taiwan je erlebte. Auslöser war das Vorgehen der Regierung gegen überschuldete Darlehensvereine dieser beiden Berufsgruppen. Die Maßnahmen waren an sich gerechtfertigt, da sie dem Ziel dienten, die beunruhigend hohe Quote Not leidender Kredite, die Taiwans Finanzsektor und damit seine internationale Kreditwürdigkeit gefährdete, unter Kontrolle zu bringen. Bauern und Fischer, seit Taiwans WTO-Beitritt wachsender Konkurrenz durch Agrarimporte ausgesetzt, empfanden die Maßnahmen jedoch als existenzbedrohend. Die Regierung machte auf Grund der Proteste einen Rückzieher und setzte sich damit zwischen alle Stühle.<sup>7</sup>

Dass Taiwan infrastrukturellen Nachholbedarf hat, zeigte sich in der ersten Jahreshälfte an der Wasserversorgung. Sie musste auf Grund einer anhaltenden Dürre

<sup>6</sup>Vgl. C.a., 2002/3, Ü 39, sowie 2002/8, Ü 46.

<sup>7</sup>Vgl. C.a., 2002/11, Ü 42.

nahezu landesweit – darunter in der Hauptstadt Taipei – rationiert werden. Wie in den meisten ähnlichen Fällen so genannter Naturkatastrophen förderte die Ursachenanalyse auch hier einen hohen Anteil an menschlichem Faktor zutage. So ist Trinkwasser in Taiwan ungewöhnlich billig und der Pro-Kopf-Verbrauch entsprechend hoch; er beträgt das Doppelte der in Deutschland oder Japan üblichen Menge. Da der Halbleiterherstellung (vor allem im Industriepark von Hsinchu, Nordtaiwan) Priorität in der Wasserversorgung eingeräumt wurde, kam es dort zwar nicht zu Produktionsausfällen, umso größer aber waren die Schäden in der Landwirtschaft. Ausgleichs- und Entschädigungszahlungen belasteten in der Folge das Regierungsbudget.<sup>8</sup>

## Regierungsstrategien und Leistungen

Präsident Chen Shui-bian war im Mai 2000 mit einem umfassenden Programm zur Neugestaltung von Taiwans Zukunft angetreten.<sup>9</sup> Von manchen seiner damals vertretenen Positionen hat er sich im Laufe der Zeit ohnehin schon verabschiedet. Beispielsweise hatte er zu Beginn seiner Amtszeit versprochen, sich aus der Parteipolitik herauszuhalten und dem entsprechend keine Funktionen in der Regierungspartei DPP übernehmen zu wollen. Mitte Juli 2002 machte Chen das Gegenteil wahr, als er sich zum Parteivorsitzenden wählen ließ.<sup>10</sup>

Leistete sich die Regierung 2000/2001 mangels erfahrener Politiker im eigenen Lager noch viele Fehler, sieht die Bilanz der politischen Arbeit 2002 besser aus. Yu Shyi-kun, ein Mann ohne Eitelkeiten und überspannte Ambitionen, leistete im Großen und Ganzen solide Arbeit.

Auf der Haben-Seite der Regierungstätigkeit steht die Bekämpfung des „schwarzen Goldes“ (oder: „Geldes“) obenan, die der unbestechliche Justizminister Chen Ding-nan zu seinen Hauptaufgaben zählt. Bei der Stärkung von Minderheitenrechten wie der Förderung der Menschenrechte insgesamt erzielte die Regierung ebenfalls Erfolge, das Fortschrittstempo war jedoch langsam. Laut einer Bewertung, die die Chinesische Menschenrechtsvereinigung im Dezember vorlegte, erhält Taiwan auf einer Skala von 1 Punkt (unbefriedigend) bis 5 Punkten (sehr gut) in den meisten Fällen nur Werte von knapp unter 3, wobei 3 als „zufrieden stellend“ gilt. Bei den Bürger- und Freiheitsrechten wurde die Note 3,21 erzielt. In allen Bewertungsbereichen kam es 2002 gegenüber 2001 mindestens zu einer geringfügigen Verbesserung, die Zahlen lassen aber auch erkennen, dass noch einiges zu tun bleibt.<sup>11</sup> Die größten Fortschritte konnten wohl bei der Gleichstellung der Ureinwohner erzielt werden, doch so lange die Yami auf der Orchideeninsel noch mit dem dort gelagerten Atom-müll leben müssen (fast 100.000 Fässer), hat die Regierung auch hierin ihre Hausaufgaben noch nicht erledigt.

Ähnliches gilt für die Sanierung des Kreditwesens, das eine gefährlich hohe Quote Not leidender Darlehen zu

verzeichnen hat. Die im internationalen Vergleich zu hohe Zahl der Kreditinstitute – die entsprechend klein und nicht leistungsfähig sind – konnte durch gesetzgeberische Maßnahmen wie die Erleichterung von Fusionen zwar gesenkt werden, wo aber die Gefahr von Zusammenbrüchen am größten ist, nämlich bei den überschuldeten genossenschaftlichen Darlehensvereinen, musste die Regierung im November nach heftigen Protesten der Landwirte und Fischer im November einen Rückzieher machen. Offenbar hatte sie das Maß an gesellschaftlichem Unmut, das sich da zusammenbraute, wie auch die teils mafiaähnlichen Machtstrukturen auf lokaler Ebene, die sich mit den Basisorganisationen der Bauern und Fischer verbinden, völlig unterschätzt.<sup>12</sup> Die hier bestehenden Probleme harren also weiterhin der Lösung.

Etwas ausführlicher sei nun auf zwei Kerngedanken von Präsident Chen eingegangen, die er in seiner Antrittsrede vom Mai 2000 in den Vordergrund gestellt hatte: den Abbau der Feindseligkeiten mit China und Taiwans Weg zu einer „Öko-Hightech-Insel“.

## Chinapolitik: Stagnation und Hoffnungspflänzchen

Chen Shui-bian kam seinem Ziel, das Verhältnis zur Volksrepublik China zu entspannen, auch 2002 nicht näher, im Gegenteil: durch ungeschickte und unnötige Äußerungen, über deren Motivation Rätselraten herrschte, belastete er das Verhältnis zusätzlich und diskreditierte sich als möglicher Dialogpartner.<sup>13</sup> Dabei waren durchaus zwei Hoffnung spendende Schritte zu verzeichnen gewesen: Zunächst hatte Chen öffentlich die Möglichkeit angeboten, die Verhandlungen mit China über die Einrichtung direkter Verkehrsbeziehungen im staatlichen Auftrag durch private Organisationen führen zu lassen. Später rückte er davon wieder ab. Etwas mehr Bewegung zeigte die andere Seite: Chinas Vizepremier Qian Qichen verzichtete auf die Forderung, Taiwan müsse erst die Ein-China-Doktrin anerkennen, ehe direkte Verkehrsbeziehungen möglich seien, zudem müsse man nicht unbedingt von innerchinesischen Verkehrsbeziehungen, sondern könne vom „Verkehr über die Taiwan-Straße“ sprechen. Schließlich fing das Festland an, Nägel mit Köpfen zu machen, und kündigte im November an, erstmals taiwanischen Verkehrsmaschinen die Landung auf volksrepublikanischen Flughäfen erlauben zu wollen, nachdem Taiwan seinerseits Charterflüge zum chinesischen Neujahrsfest 2003 zugelassen hatte.<sup>14</sup>

Es lässt sich nicht leugnen, dass Chen Shui-bian seinen eigenen chinapolitischen Handlungsspielraum durch eigenes Verschulden eingengt hat. Groß war dieser Spielraum nie, denn in Beijing ist man in Fragen der Nation, was Taiwan angeht, eisenhart. Seine Äußerungen, um die es hier geht – zu beiden Seiten der Taiwan-Straße gebe es souveräne Staaten – sind zwar sachlich richtig, aber chinapolitisches Gift, denn sie führen zu nichts als zu weiterer Verhärtung – und die kann sich Taiwan weniger leisten als die VR China, die, in welcher Hinsicht auch immer, am längeren Hebel sitzt: wirtschaftlich, denn ihr strömt tai-

<sup>8</sup>Vgl. C.a., 2002/2, Ü 33, sowie 2002/5, Ü 35.

<sup>9</sup>Vgl. Hans-Wilm Schütte, „Taiwans neue Regierung – Hintergründe, Positionen, Ziele“, in: C.a., 2000/5, S.508-516.

<sup>10</sup>Vgl. C.a., 2002/7, Ü 41.

<sup>11</sup>Taipei Journal, vol.20, no.1 (3.1.2003), S.1.

<sup>12</sup>Vgl. C.a., 2002/11, Ü 42.

<sup>13</sup>Vgl. C.a., 2002/8, Ü 43.

<sup>14</sup>Vgl. C.a., 2002/11, Ü 41.

wanisches Investitionskapital und Know-how zu, politisch, denn die allermeisten Staaten erkennen Beijings Ein-China-Doktrin an, und militärisch, denn die Atommacht China verfügt über die größeren Ressourcen und die besseren Einkaufsmöglichkeiten für Waffentechnik, die sie zu benötigen meint. Nachdem man in Beijing endlich erkannt hat, dass offene militärische Drohgebärden nichts bringen, im Gegenteil kontraproduktiv sind, da sie zu einer Solidarisierung der taiwanischen Bevölkerung mit ihrer Regierung führen, setzt man jetzt auf die eigene Anziehungskraft, leistet sich Pragmatismus und bringt so Taiwans Regierung in Zugzwang: Spielt sie nicht mit und schiebt gegen die Einrichtung direkter Verkehrsbeziehungen Bedenken vor, die auszuräumen wären, steht sie als Spielverderber da und zieht sich den Zorn taiwanischer Unternehmen, der Opposition und eines Teils der Öffentlichkeit zu, geht sie auf die Avancen ein, wird die Sogwirkung des Festlands womöglich noch stärker. Die Bedenken, die Taiwan vorträgt, sind zwar substanziell, da sicherheitspolitisch: Bei vom Festland aus anfliegenden Flugzeugen kann Taiwans Abwehr nicht rasch genug entscheiden, ob es sich um harmlose Zivilmaschinen oder um getarnte Angreifer handelt. Gleichwohl liegen pragmatische Lösungen nahe, denn einzelne, über die bekannten internationalen Flugstraßen anfliegende Maschinen wären leicht zu identifizieren. Schon jetzt hätte China die Möglichkeit, die nach Taiwan offene Flugroute aus Hongkong militärisch zu missbrauchen. Von militärischen Bedenken gegenüber Flugverkehr aus dieser Richtung war jedoch bislang keine Rede.

Gewiss: Nach wie vor macht Beijing zur Vorbedingung jedweden offiziellen Dialogs, dass Taiwan die VR-chinesische Ein-China-Doktrin anerkenne. Dies hieße für Taiwan jedoch, den Anspruch auf die eigene Souveränität im Vorwege zu verschenken, und dazu besitzt die demokratisch gewählte Regierung in Taipei schlichtweg kein Mandat. Gleichwohl agiert Chen Shui-bian unklug, denn will er Taiwans Überleben als eigenständiger Staat sichern, muss er für ein maximales Wohlwollen auf zwei Seiten sorgen: in China und in den USA. Und selbst wenn ihm mehr Wohlwollen seitens der Regierung in Beijing gleichgültig sein sollte, kann ihm nicht daran gelegen sein, die USA zu verprellen, sind die Vereinigten Staaten doch der einzige nennenswerte Garant für ein längerfristiges Fortbestehen des taiwanischen Staates. Ebendiese Ungeschicklichkeit aber hat sich Chen geleistet, und wenn es nicht zu einer dauerhaften Verstimmung kam, so doch zumindest zu unnötigen und potenziell gefährlichen Irritationen.

## Wirtschaftspolitik: ambitionierte Pläne und das Chinadilemma

Angesichts wachsender Erosion taiwanischer Wirtschaftskraft in Richtung China spielt die Fähigkeit Taiwans, dem Schwund des eigenen Entwicklungsvorsprungs entgegenzuwirken und der Insel als Wirtschaftsstandort wieder mehr internationale Attraktivität zu verleihen, eine entscheidende Rolle. Dies gilt umso mehr in der beginnenden WTO-Ära, die Taiwans Wirtschaft mit wachsender Tendenz dem internationalen Wettbewerb aussetzt.

In diesem Punkt zumindest hat die Regierung Chen Shui-bians sehr klar ihre langfristigen Aufgaben erkannt.

Am deutlichsten ist dies ablesbar an einem umfangreichen und finanziell gewichtigen Sechs-Jahres-Programm zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes, das die Regierung am 8. Mai bekannt gab. Es soll in der beginnenden WTO-Ära nicht nur Taiwans internationale Wettbewerbsfähigkeit fördern, sondern auch die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Engagement verbessern sowie vor allem den technologischen Vorsprung gegenüber China wieder auszubauen helfen. Die Ziele beschränken sich dementsprechend nicht auf rein wirtschaftspolitische, sondern umfassen das gesamte wirtschaftsrelevante Umfeld wie Infrastruktur, Ausbildung und Lebensqualität. Die einzelnen Ziele, die in staatlich-privater Partnerschaft angestrebt werden sollen, wurden in 10 Gruppen zusammengefasst:<sup>15</sup>

1. Ausbildung hochqualifizierten Personals. Dazu sollen unter anderem der englische Sprachunterricht intensiviert und mehr Personal für Hochtechnologieaufgaben ausgebildet werden.
2. Verbesserung des Kulturumfelds durch Gründung kulturell innovativer Unternehmen. Beispielsweise wird in fünf Großstädten die Umnutzung alter Gewerbebauten zu Zentren kultureller Kreativität in den Bereichen Publizistik, Film, Musik und Industriedesign geplant.
3. Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation, um Taiwan zu einem international relevanten Standort auf diesen Gebieten zu machen. Dazu soll neben der Biotechnik besonders die Nanotechnik entwickelt werden. Als weitere Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkte wurden die optische Informationsvermittlung und die Entwicklung maßgeschneiderter Mikrochips genannt. Die Regierung richtet hierzu acht weitere „Wissenschaftsparks“ ein.
4. Förderung stark wertschöpfender, technologieintensiver Industrien (basierend auf Forschung und Entwicklung, siehe Punkt 3).
5. Ansiedlung der zentralen Schaltstellen global agierender Unternehmen.
6. Förderung des Tourismus mit dem Ziel einer Verdoppelung der Taiwanreisenden auf 2 Mio. per annum. Bis 2007 soll sich der Anteil des Fremdenverkehrs am Bruttoinlandsprodukt von bislang 3,4 auf dann 6% erhöhen.
7. Stärkung der Verkehrsinfrastruktur, darunter eine Vernetzung von Flug- und Seehäfen sowie von Eisenbahn- und Straßenverkehr, die Fertigstellung der im Bau befindlichen Hochgeschwindigkeitsbahn Taipei-Kaohsiung sowie der Bau einer direkten Bahnstrecke von Taipei zum osttaiwanischen Hualien.
8. Sicherung der Trinkwasserversorgung und Verbesserung der ökologischen Situation der Insel. Hierzu gehören eine bessere Hochwasserprävention und die Förderung erneuerbarer Energien. Beispielsweise soll sich der Jahresproduktionswert von solaren Warmwasserthermen auf 40,35 Mio. US\$ nahezu verdoppeln.
9. Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation der Einwohner.

<sup>15</sup> Ausführliche Darstellung in *Taipei Journal*, vol.18, no.18 (10. Mai 2002), S.1, 8, ferner in SCMP, 8.8.2002.

10. Umfassende „Digitalisierung“: Bis 2008 sollen 6 Mio. Einwohner über schnelle Internetanschlüsse verfügen.

Der Sechs-Jahres-Plan soll das Wirtschaftswachstum auf jährlich über 5% bringen und 700.000 neue Stellen schaffen, so dass die Erwerbslosenquote auf unter 4% sinkt.

Laut Ministerpräsident Yu werden die veranschlagten Gesamtkosten des Programms in Höhe von 75,7 Mrd. US\$ den Regierungsetat nur mäßig belasten. 48,5% sollen durch Umverteilung innerhalb des Haushalts aufgebracht werden, während für die Privatwirtschaft ein Beitrag von 35,1% vorgesehen ist. 4,2% entfallen auf die Gebietskörperschaften, der Rest (12,3%) sind staatliche Sondermittel. Die staatlichen Mittel sollen über die sechs Jahre bis 2008 allerdings bei etwas über 20% des jährlichen Regierungsetats liegen, ein sehr ambitionierter Wert.<sup>16</sup> Die höchsten Regierungsmittel sind für 2004 vorgesehen, die höchsten privaten Investitionen für das erste Jahr, also bereits für 2002.<sup>17</sup> Allein der Risikokapitalfonds verfügt über 100 Mrd. NT\$ (2,88 Mrd. US\$).<sup>18</sup>

Der Plan fand in taiwanischen Wirtschaftskreisen große Zustimmung,<sup>19</sup> stieß aber auch auf Skepsis. Der Präsident der US-Handelskammer in Taipei, Richard Henson, erinnerte daran, dass von den über 300 Empfehlungen, die ein Wirtschaftsberatungskomitee im August 2001 vorgelegt hatte, vieles noch nicht umgesetzt sei, obwohl sich der Präsident, auf dessen Wunsch das Komitee zusammengetreten sei, zur vollständigen Umsetzung ausdrücklich verpflichtet hatte.<sup>20</sup> Der Sechs-Jahres-Plan fand dagegen vor allem bei Taiwans Elektronikfirmen Unterstützung. Ihnen dürfte besonders die Aussicht behagen, dass sie für ohnehin geplante Entwicklungsaktivitäten nun zusätzliche finanzielle staatliche Unterstützung erhalten. Die von den großen Halbleiterherstellern TSMC, Acer und anderen Unternehmen in Aussicht gestellten 10 Mrd. NT\$ an Entwicklungsinvestitionen für 2002 blieben jedoch weit unter dem, was laut Sechs-Jahres-Plan 2002 insgesamt an privaten Investitionen erfolgen sollte, nämlich 241 Mrd. NT\$.<sup>21</sup>

Nicht angesprochen wird von dem Sechs-Jahres-Programm die Frage, wie Taiwan seine Wirtschaftsbeziehungen zu China zu gestalten denkt. Zwar hatte sich die Regierung bereits 2001 gegenüber der Wirtschaft zu stärkerer Liberalisierung verpflichtet, doch geschehen ist wenig. Offenbar ist die Regierung nicht in der Lage, im Konflikt zwischen zwei diametralen Grundpositionen Stellung zu beziehen oder einen überzeugenden Kompromiss vorzulegen. Es geht dabei um Folgendes:

Die Fürsprecher einer wirtschaftsliberalen Position möchten Taiwan neue Chancen eröffnen. Taiwans Firmen sollen möglichst nach Belieben auf dem Festland investieren dürfen und würden auf diese Weise, wirtschaftlich gestärkt, auch wieder Gewinne nach Taiwan transferieren. Nach einer Öffnung direkter Verkehrs- und Handelsbeziehungen habe Taiwan die Chance, sich zu einer inter-

nationalen Drehscheibe im ostasiatisch-pazifischen Raum zu entwickeln und an der Wirtschaftsdynamik des Festlandes direkt zu partizipieren. Ausländische Firmen, die in China aktiv sind, würden Taiwan als Standort nutzen, um von hier aus ihre internationalen Aktivitäten zu dirigieren, Warenströme würden über Taiwan fließen und von hier aus gelenkt werden, und nicht zuletzt könnte Taiwan als chinesisches Touristenziel Furore machen.

Diesen Zielen, Erwartungen, Hoffnungen stehen die Befürworter taiwanischer Unabhängigkeit nicht nur mit Skepsis, sondern mit unverhohlener Ablehnung gegenüber. Taiwan dürfe sich unter keinen Umständen von China abhängig machen. Schon jetzt sei die Auszehrung der industriellen Basis gefährlich, um wie viel schlimmer wäre es, würden die Restriktionen weiter gelockert. Ausgerechnet jenes Land mit eigenen Mitteln wirtschaftlich zu stärken, das Taiwan mit Raketen bedrohe, sei ein Unding. Wer in Billiglohnländer ausweichen wolle, habe im Übrigen ausreichend Alternativen. Taiwans Souveränität dürfe nicht wirtschaftlichen Zielen geopfert werden, und zwar umso weniger, als abzusehen sei, dass aus einer Öffnung gegenüber China mehr Schaden als Nutzen erwüchse.

Die Regierung wäre an sich gezwungen, sich zwischen den Alternativen zumindest tendenziell zu entscheiden, zwingt doch schon die WTO-Mitgliedschaft zu mehr Offenheit, auf die alle WTO-Partner, also auch die VR China, Anspruch haben. Zudem möchte die Regierung Taiwans Unternehmen erklärtermaßen unterstützen. Die Basis der DPP aber und mehr noch die Union für Taiwan-Solidarität (TSU), ihr einziger Bündnispartner im Parlament, stehen klar auf Seiten der Skeptiker. Die vorsichtige Deregulierungsentscheidung, Investitionen in China betreffend, ist ein typischer Ausdruck der letztlich unschlüssigen Kompromisshaltung, auf die sich die Regierung derzeit zurückgezogen hat. Ihre Entscheidung (oder Nichtentscheidung) ist immerhin verständlich: Ob wahr wird, was der wirtschaftsliberale Standpunkt an Segnungen verheißt, ist nicht gewiss, klar ist allerdings, dass eine zu rasche Öffnung der Gesellschaft einen so rapiden Strukturwandel aufnötigen könnte, dass es zu schweren gesellschaftlichen Konflikten käme. Darauf kann sich keine Regierung einlassen. Zudem kann sich die Regierung auf die öffentliche Meinung berufen: Im Dezember 2002 sprachen sich bei einer Umfrage 57,2% der Befragten für eine Verschärfung der Restriktionen aus, denen Festlandsinvestitionen unterliegen.<sup>22</sup>

Da die DPP-Regierung den Chinaskeptikern in ihrer Grundeinstellung näher steht als den Wirtschaftsliberalen und der Gefahr wehren will, die in zu starker Abhängigkeit von Wohl und Wehe der festländischen Volkswirtschaft ruht, führt sie eine Politik fort, die unter dem Slogan „Go South!“ firmiert und bereits unter dem früheren Präsidenten Lee Teng-hui initiiert wurde: Betriebe, die in Taiwan nicht mehr kostengünstig produzieren können, sollen nicht nach China gehen, sondern nach Südostasien, auch sollen die dortigen Absatzmärkte taiwanischen Waren stärker erschlossen werden. Die Politik war bisher allerdings nicht sonderlich erfolgreich, wie folgender Überblick zeigt:

<sup>16</sup>Zum Finanzvolumen und zur Finanzierung s. CNAT, nach BBC EF, 7.5., 18.5.2002, *Taipei Journal*, vol.18, no.21 (31. Mai 2002), S.1.

<sup>17</sup>TT, 8.5.2002.

<sup>18</sup>TH, 31.5.2002.

<sup>19</sup>TH, 9.5.2002.

<sup>20</sup>SCMP, 8.5.2002; vgl. C.a., 2001/8, Ü 38.

<sup>21</sup>TH, 12.6.2002; TT, 8.8.2002.

<sup>22</sup>[www.mac.gov.tw/english/english/pos/9112/9112e\\_9.gif](http://www.mac.gov.tw/english/english/pos/9112/9112e_9.gif), 14.2.2003.

Auslandsinvestitionen taiwanischer Unternehmen (Einheit: 1.000 US\$)				
Jahr	alle (ohne Festland)	Thailand	Singapur	Festland
1997	2.893.826	57.546	230.310	4.334.313
1998	3.296.302	131.186	158.176	2.034.621
1999	3.269.013	112.665	324.524	1.252.780
2000	5.077.062	49.781	219.531	2.607.142
2001	4.391.654	16.287	378.301	2.784.147
2002	3.370.046	5.959	25.761	6.723.058

Quelle: [www.moea.gov.tw/~meco/stat/four/english/english4.htm](http://www.moea.gov.tw/~meco/stat/four/english/english4.htm), Tabellen D-4, D-6, 13.2.2003.

Im besten Jahr – 1999 – erreichten die Investitionen in den zwei wichtigen Zielländern Singapur und Thailand zusammen demnach gerade einmal 34% der Gelder, die aufs Festland flossen; 2002 war dieser Wert mit 0,47% zu einer Marginalie geworden, und auch die gesamten Auslandsinvestitionen ohne Festland (Hauptzielland: USA) brachten es nur noch auf rund die Hälfte der Festlandsinvestitionen. Mit anderen Worten: Die Abhängigkeit vom Festland und damit von den Entscheidungen, die in Beijing getroffen werden, hat in den letzten Jahren nicht nur in absoluten Zahlen, was Investitionssummen auf dem Festland angeht, sondern auch relativ zu den taiwanischen Auslandsinvestitionen insgesamt erheblich zugenommen. Beim Außenhandel ergibt sich das gleiche Bild: 2002 löste die VR China die USA als wichtigster Handelspartner Taiwans ab.

Die Regierung bemüht sich unterdessen, der „Go South!“-Politik wieder mehr Schwung zu verleihen und hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, neue Vorschläge zu erarbeiten. Bereits bekannt wurde, dass bilaterale Handelsabkommen sowie Doppelbesteuerungsabkommen und Investitionsschutzvereinbarungen mit Vietnam, Kambodscha, Laos und Myanmar angestrebt werden und dass die Regierung Exportoffensiven taiwanischer Firmen in diesen Ländern finanziell unterstützen will. Flankierende Maßnahmen wie die Einrichtung von Schulen für die Kinder taiwanischer Geschäftsleute im Ausland sollen die Initiative abrunden.<sup>23</sup>

## Taiwanische Identität, Terminologie und Verfassungsfragen

Taiwan ist in seiner Identitätsfindung im abgelaufenen Jahr nicht vorangekommen. Das 1998 vom damaligen Präsidenten Lee Teng-hui (Li Denghui) geprägte Schlagwort vom „neuen Taiwaner“, das heißt: vom Bürger, der sich ungeachtet seiner Herkunft – sei es vom Festland, sei es von der Insel – als Taiwanbürger begreift, ist wenig mehr zu hören. Im Gegenteil: Es werden alte Gräben wieder aufgerissen, und Präsident Chen Shui-bian wie auch Lee Teng-hui haben Anteil daran. Hatte Chen in seiner Antrittsrede im Mai 2000 noch den Versöhnungsgedanken betont und vom „Volk von Taiwan“ gesprochen, droht der fruchtlose Widerstreit zwischen nationalbewussten Taiwanern und unter taiwan-patriotischem Gesichtspunkt angeblich

unsicheren Kantonisten vom Festland wieder in den politischen Alltag zurückzukehren. Zuletzt zeigte sich dies unerfreulich deutlich im Wahlkampf um die Bürgermeisterwahlen in Taipei und Kaohsiung.<sup>24</sup>

Ein Blick auf entsprechende Umfragewerte bestätigt, dass sich, abgesehen von Schwankungen mal auf, mal ab, nichts bewegt, ein eindeutiger Trend entweder zu mehr taiwanischem Selbstbewusstsein oder mehr chinesischer Identität nach wie vor nicht erkennbar ist. Die Unentschiedenen – die Befürworter des Status quo entweder auf Dauer oder auf absehbare Zeit – stellen wie in den Jahren zuvor die absolute Mehrheit. An zweiter Stelle kommen die Unabhängigkeitsbefürworter (entweder „möglichst bald“ oder „später“), dicht gefolgt von den Wiedervereinigern (ebenfalls entweder „möglichst bald“ oder „später“). Hier die Zahlen aus den Umfragen im letzten Jahr:

Monat	pro Status quo	pro Taiwan	pro Anschluss
Februar 2002	53,8	18,2	17,2
April 2002	50,5	19,7	15,1
Juli 2002	47,6	18,5	18,3
Dez. 2002	54,8	15,9	14,5

Quelle: [www.mac.gov.tw/english/english/pos/9112/9112e\\_1.gif](http://www.mac.gov.tw/english/english/pos/9112/9112e_1.gif), 14.2.2003.

Andere Umfragen ergeben zwar ein etwas günstigeres Bild, was die Identifikation der Bürger Taiwans mit ihrem Staat angeht, lassen aber einen bedenklich hohen Bevölkerungsanteil mit anderem Selbstverständnis erkennen.

„Was hat Priorität: die Entwicklung der Beziehungen zu anderen Staaten oder die Entwicklung der Beziehungen mit dem Festland?“

Monat	mit anderen Staaten	mit dem Festland
Februar 2002	27,1	33,2
April 2002	28,5	32,6
Juli 2002	26,0	35,0
Dezember 2002	34,7	25,0

(Rest: „gleich wichtig“ oder „weiß nicht“.)

Quelle: [www.mac.gov.tw/english/english/pos/9112/9112e\\_5.gif](http://www.mac.gov.tw/english/english/pos/9112/9112e_5.gif), 14.2.2003.

„Würden Sie der Entwicklung auswärtiger Beziehungen zustimmen, wenn diese zu verschärften Spannungen an der Taiwan-Straße führen würden?“

Monat	ja	nein
Februar 2002	60,9	19,5
April 2002	59,8	17,0
Juli 2002	54,5	22,3
Dezember 2002	61,9	16,8

(Rest: „gleich wichtig“ oder „weiß nicht“.)

Quelle: [www.mac.gov.tw/english/english/pos/9112/9112e\\_4.gif](http://www.mac.gov.tw/english/english/pos/9112/9112e_4.gif), 14.2.2003.

<sup>23</sup>TT, nach TH, 5.12.2002.

<sup>24</sup>Vgl. C.a., 2002/12, Ü 41.

„Richtet sich Beijings Feindschaft gegen die Regierung oder gegen die Bevölkerung?“

Monat	gegen die Regierung	gegen die Bevölkerung
Februar 2002	61,9	38,3
April 2002	58,4	39,0
Juli 2002	63,7	40,6
Dezember 2002	56,8	40,8

Quelle: www.mac.gov.tw/english/english/pos/9112/9112e\_7.gif, 14.2.2003.

„Lassen sich die Probleme zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße nach der Formel 'ein Land, zwei Systeme' lösen?“

Monat	ja	nein
Februar 2002	9,4	70,7
April 2002	10,4	69,6
Juli 2002	10,8	70,2
Dezember 2002	9,1	72,5

Quelle: www.mac.gov.tw/english/english/pos/9112/9112e\_8.gif, 14.2.2003.

Die meisten dieser Werte bewegen sich innerhalb der üblichen Fehlermargen, mit anderen Worten: Die Grundüberzeugungen blieben 2002 (wie früher) nahezu unverändert. Festhalten lässt sich, dass Taiwans Bürger gegenüber Beijings Hegemonialansprüchen sensibel reagieren. Dies hatte sich auch stets bei den Wahlen gezeigt. Aber ansonsten? Besonders erstaunlich erscheint hier, dass um die 40% der Befragten keine gegen sie gerichtete Feindschaft seitens des Festlandes erkennen können, obwohl die gegen Taiwan gerichteten Waffen auch die Zivilbevölkerung mindestens in den Großstädten massiv gefährden.

Die Regierung hat im letzten Jahr versucht, auf terminologischem Wege mehr Taiwan-Identität zu stiften. Unterstützt und vorangetrieben wurde sie dabei von einem privaten Organisationsbündnis, welches das z.B. in taiwanischen Firmennamen noch häufige Element „China“ durch „Taiwan“ ersetzt sehen möchte.<sup>25</sup> Im Juli bezeichnete Präsident Chen – laut offizieller Amtsbezeichnung Präsident der Republik China – den von ihm geführten Staat erstmals offiziell als „Taiwan“ und bezeichnete die VR China, sonst stets als „Festland“ titulierte, als „China“.<sup>26</sup> Anfang November gab die Prüfungsbehörde (Prüfungs-Yuan) bekannt, dass ab 2003 „China“ in allen Prüfungsfragen durch „unser Land“ ersetzt werde<sup>27</sup> – man darf dann rätseln, ob China oder Taiwan gemeint ist. Kurz darauf gerieten die Nationalhymne und die Nationalflagge in die Diskussion, die unter anderem von DPP-Parlamentariern als nicht mehr angemessen bezeichnet wurden.<sup>28</sup> Mit weiteren Aktivitäten in dieser Richtung ist für 2003 zu rechnen. Ein Plan, auf die Reisepässe der „Republik China“ auf Englisch „Ausgestellt in Taiwan“ zu setzen, wurde jedoch aufgegeben, nachdem manchen DPP-Parlamentariern der Schritt nicht weit genug ging und ein Konsens

über die entsprechende Änderung des Passgesetzes nicht zu erzielen war.<sup>29</sup>

Was sich hier abzeichnet, ist eine zunehmende und in der Öffentlichkeit offenbar wenig umstrittene Tendenz, die Verfassungswirklichkeit an die Tatsachen anzupassen und von der Fiktion einer „Republik China“ Abstand zu nehmen, ohne die Verfassung in ihrem Wortlaut zu verändern. Besonders deutlich trat dies bei den Maßnahmen in Erscheinung, die zu einer faktischen Anerkennung der Mongolei als eigenständigem Staat geführt haben, obwohl sie laut Verfassung der „Republik China“ Teil Chinas ist.<sup>30</sup>

Wichtiger als diese Umetikettierungen wäre eine Weiterentwicklung der Verfassung, um die eklatanten Systemmängel zu beseitigen, die den demokratischen Prozess teils behindern, teils geradezu pervertieren und dazu führen, dass laut einer Umfrage einer von vier Taiwanern es unehrenhaft findet, Taiwaner zu sein – offenbar ein Hauptgrund, weswegen es um die Identifizierung der Bürger Taiwans mit ihrem Staat schlecht bestellt ist.

Der letzte große politische Reformschritt, die Abschaffung einer eigenständigen Nationalversammlung, erfolgte im April 2000. Von den dringenden Aufgaben ist derzeit nur eine Wahlrechtsreform in der Diskussion: Die unsinnige Regelung, wonach pro Wahlkreis mit nur einer Stimme pro Wahlberechtigtem mehrere Kandidaten (bis über 10) gewählt werden können, sodass selbst Kandidaten mit kriminellem Hintergrund ins Parlament kommen und Stimmenkauf begünstigt wird, steht zur Revision an, ist aber immer noch nicht abgeschafft. Dabei ist das herrschende Wahlrecht ein Hauptfaktor für das geringe Ansehen, das die parlamentarische Demokratie in Taiwan genießt – und ein wichtiger Grund, weswegen „Stimmenkauf“ – die Wählerbestechung durch Kandidaten – weiterhin mit einiger Erfolgsaussicht praktiziert wird. Der Justiz-Yuan gab letzten Oktober eine Liste mit 205 Namen gewählter Volksvertreter bekannt, die krimineller Machenschaften beschuldigt werden. Bei vielen wird die Mitgliedschaft in Geheimgesellschaften – chinesischen Mafiaorganisationen – vermutet. Es sind Fälle dokumentiert, dass verurteilte Kriminelle z.B. auf Kautions aus dem Gefängnis freikommen und sich per Wählerbestechung ein Parlamentsmandat verschaffen, um so in den Genuss der Immunität zu kommen. Zwar läuft es mit dem Stimmenkauf nicht mehr so „geschmiert“ wie früher, denn Politik, Justiz und Öffentlichkeit tendieren inzwischen dazu, ihn zu tabuisieren bzw. strafrechtlich zu verfolgen, aber die Ursachen bestehen nach wie vor.

Im Hinblick auf die nächsten Präsidentenwahlen 2004 wird zwar schon eifrig über Wahlbündnisse und Kandidaten spekuliert, nicht aber darüber gesprochen, für die Wahl des Präsidenten endlich eine absolute Mehrheit vorzuschreiben und entsprechend eine Stichwahl unter den zwei Kandidaten mit den höchsten Stimmenanteilen vorzusehen, wie dies in anderen Ländern üblich ist. Dieser Aspekt wäre für Taiwan besonders wichtig im Hinblick auf die Stärkung des Präsidenten gegenüber VR-chinesischen Hegemonialansprüchen.

Stattdessen strebt die Regierung eine Verkleinerung des Parlaments um ein gutes Drittel der Sitze an. Da-

<sup>25</sup>CNAT, nach BBC PF, 23.4., 19.5.2002; TT, 7.5.2002.

<sup>26</sup>Vgl. C.a., 2002/7, Ü 41.

<sup>27</sup>TT, 8.11.2002.

<sup>28</sup>TT, 20.11.2002.

<sup>29</sup>TT, 18.7.2002; CNAT, nach BBC PF, 20.9.2002.

<sup>30</sup>Vgl. C.a., 2002/2, Ü 31 und 2002/10, Ü 44.

mit sollen Kosten gespart und die Effizienz der Volksvertretung verbessert werden. Dem demokratischen Prozess wird dadurch jedoch wohl eher ein Bärendienst erwiesen, da das nötige Maß an gesetzgeberischer Arbeit und an Kontrolle der Regierungstätigkeit von einem derart kleinen Parlament schwerlich mehr gewährleistet werden kann. Wie es scheint, steht das Parlament als Repräsentant des Souveräns auch bei der Regierung nicht in hohem Ansehen.

## Rüstungsfragen und das Verhältnis zu den USA

In diesem kritischen Bereich waren im abgelaufenen Jahr für Taiwan sowohl sehr gute als auch Besorgnis erregende Entwicklungen zu verzeichnen.

Erfreulich für Taiwan war, dass die Bush-Regierung sich wieder ebenso deutlich wie im Jahr zuvor für eine Stärkung der Verteidigungsfähigkeit Taiwans engagierte und dies auch überraschend deutlich zeigte. Es begann mit einem US-Visum für Taiwans Verteidigungsminister Tang Yau-ming, der im März an einer sicherheitspolitischen Tagung teilnehmen konnte und dort mit dem stellvertretenden US-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz zusammentraf.<sup>31</sup> Später im Jahr folgte ein Besuch des stellvertretenden taiwanischen Verteidigungsministers Kang Ninghsiang in Washington.<sup>32</sup> Beide Besuche waren die ersten derartigen seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Taiwan im Jahr 1979. Längerfristig womöglich bedeutender ist eine eingeleitete Fortbildung taiwanischer Militärs in Amerika. Für Taiwans Verteidigungsfähigkeit sind diese Entwicklungen von hohem Wert: Taiwan wird nicht nur moralisch der Rücken gestärkt, sondern auch stärker in amerikanische Sicherheitsstrategien, Rüstungsüberlegungen und Informationsflüsse eingebunden.

Will man keine „feindliche Übernahme“ Taiwans durch Beijing, scheint derlei Füsorge allerdings auch nötig zu sein. Es spricht manches dafür, dass die USA ihre traditionelle Schutzfunktion für Taiwan nicht nur deswegen wieder verstärkt wahrnehmen, weil der konservative US-Präsident China als Rivalen sieht, sondern auch, weil die militärische Bedrohung Taiwans durch das Festland rapide zunimmt und somit stärker als je dortige US-Interessen beeinträchtigt. Vor allem die wachsende Zahl von gegen Taiwan gerichteten Raketen – derzeit etwa 350 bis 400 – nötigt zu verstärkten Abwehranstrengungen; hinzu kommt, dass China moderne Rüstungstechnik in Russland einkauft, darunter superleise U-Boote, die von den derzeitigen amerikanischen Unterwasserdetektoren angeblich nicht erkannt werden können. Ein Bericht des US-Verteidigungsministeriums zur Sicherheitslage Taiwans kam Mitte des Jahres zu äußerst beunruhigenden Schlüssen.<sup>33</sup>

Taiwan versucht sich in zweierlei Weise auf die verstärkte Bedrohung einzustellen: zum einen durch Reform des Militärs und eine geänderte Strategie, zum zweiten durch mehr Rüstung. Vor allem im zweiten Punkt aber

hapert es. Das Begutachtungsverfahren zur Frage, ob Taiwan die von den USA im April 2001 angebotenen vier gebrauchten Zerstörer der Kidd-Klasse erwerben will oder nicht, dauerte über ein Jahr, und anschließend blieb die Entscheidung über die nötigen Haushaltsmittel noch einige Monate im Parlament hängen. Wie, wann und auf welche Weise Taiwan zu den gewünschten (und für nötig gehaltenen) U-Booten kommt, ist immer noch nicht geklärt; da Deutschland und die Niederlande als mögliche Lieferanten mit Rücksicht auf China keine Ausfuhr-genehmigung erteilen mögen, wird es vermutlich darauf hinauslaufen, dass die Schiffe neu entwickelt werden müssen – mit einem entsprechenden erheblichen Aufwand an Zeit und einem geradezu exorbitanten Einsatz an Geld. Auch über weniger schwierige Waffensysteme wird zu lange diskutiert. Vor allem aber hält der Verteidigungshaushalt nicht mit. Trotz eines bereits eingeleiteten Personalabbaus (der durchaus Sinn ergibt, da es zunehmend mehr auf Experten als auf Masse ankommt) stehen immer weniger Mittel für Neuanschaffungen bereit. In Bezug auf manche Waffen, die die USA zu liefern bereit waren, machten sich bei den Amerikanern im Verlaufe von sich über mehrere Monate hinziehende Beschaffungsverhandlungen schon mehrfach ernste Zweifel breit, ob Taiwan sie überhaupt anschaffen will. Im August gab Taipei jedoch eine mittelfristige Finanzplanung für den Rüstungs-etat bekannt. Demnach sollen bis 2012 – also für einen Zehnjahreszeitraum – 700 Mrd. NT\$ (ca. 20 Mrd. Euro) bereitgestellt werden. Allein 210 Mrd. davon könnten für den Kauf der acht benötigten U-Boote nötig werden.<sup>34</sup> Ob die restlichen 490 Mrd. zur Landesverteidigung gegen den immer mächtigeren Nachbarn ausreichen, ist nicht abzusehen und hängt sehr stark auch von den politischen Entwicklungen ab.

## Ausblick: Quo vadis?

Taiwans DPP-Regierung ist friedliebend und sympathisch. Das Land, das sie führt, steht im internationalen Vergleich gut da und erzielt vor allem hinsichtlich seiner Wettbewerbsfähigkeit beneidenswert gute Noten; das World Economic Forum stuft Taiwan in einer internationalen Skala der 80 wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften 2002 jüngst auf den dritten Rang ein (nach den USA und Finnland; 2001: 7. Rang).<sup>35</sup> Die Rezession von 2001 konnte relativ rasch wieder überwunden werden. Die meisten europäischen Staaten können Taiwan ob seiner wiedergewonnenen Wirtschaftswachstumswahlen und seiner immer noch recht niedrigen Arbeitslosenquote beneiden. Und Taiwan hat Freunde, zwar wenige offizielle, aber viele heimliche. Das Europaparlament zählt dazu, der US-Kongress und Parlamentarier in vielen demokratischen Staaten.<sup>36</sup>

Dennoch wird die Frage immer drängender, wie lange Taiwan als souveräner Staat – wenn auch offizieller Paria der diplomatischen Welt – überhaupt noch bestehen kann und bestehen will.

<sup>31</sup>TT, 13.3.2002; CNAT, nach BBC PF, 12.3.2002; ST, 14.3. und 18.3.2002.

<sup>32</sup>SCMP, 12.9.2002.

<sup>33</sup>Vgl. C.a., 2002/7, Ü 42.

<sup>34</sup>TT, nach BBC PF, 20.8.2002.

<sup>35</sup>Vgl. C.a., 2002/11, Ü 43.

<sup>36</sup>Vgl. C.a., 2002/4, Ü 50; 2002/5, Ü 32.



Will es? Derzeit ja. Die Mehrheit wünscht die Verlängerung des Status quo, mehr als zwei Drittel lehnen das Wiedervereinigungsmodell „ein Land, zwei Systeme“ als unangemessen ab. Werden Taiwans Bürger das auch in Zukunft so sehen? Die Stabilität der Meinungsgruppen, die sich seit über zehn Jahren bei den Umfragen zeigt, spricht dafür, dass sich die Überzeugungen und Einschätzungen auch 2003 und in den folgenden Jahren nicht dramatisch ändern werden. Sollten sie sich ändern, so wird dies vom Wirksamwerden zweier gegenläufiger Faktoren abhängen: erstens von der Attraktivität Festlandschinas, zweitens vom Maß der Identifizierung mit Taiwan. Eine politische Anziehungskraft Festlandschinas ist derzeit und für die nächsten Jahre nicht zu erkennen. Das gibt Taiwans Regierung die Chance, Taiwan als demokratisches Gemeinwesen zu stärken und so die Identifikation der Bevölkerung mit Parlament und Regierung zu stärken. Die Zerschlagung der Mafiastrukturen, die Bekämpfung von Korruption und Stimmenkauf und derlei politischer Putz, dem sich Justizminister Chen Dingnan mit Nachdruck widmet, spielen hierfür eine wichtige Rolle. Es muss aber noch mehr geschehen: Regierung und Opposition müssen sich auf Grundlagen eines taiwanischen Selbstverständnisses einigen und bereit sein, im nationalen Interesse Taiwans an einem Strang zu ziehen. Zudem muss die Reform des politischen Systems fortgeführt werden, um seine eklatanten Mängel zu beseitigen. Mit anderen Worten: Erforderlich ist auf Seiten der politischen Führungsschicht eine Konsensbildung in Grundsatzfragen. Derzeit besteht ein solcher Konsens nicht, und weder bei dem KMT-Vorsitzenden Lien Chan noch beim PFP-Führer James Soong, beide Zöglinge der alten Staatspartei KMT, ist viel an Erkenntnis auszumachen, dass es solcher Konsensbildung überhaupt bedarf. Womöglich wird man warten müssen, bis bei der KMT und ihrer Abspaltung, der PFP, die alte Garde abtritt und beispielsweise Ma Ying-jeou ans Ruder kommt. Die Frage ist nur, ob Taiwan so lange warten kann.

Bleibt der wirtschaftliche Aspekt: Wird China mit seiner ungeheuren und weiter wachsenden Anziehungskraft Taiwans Volkswirtschaft irgendwann so dominieren, dass Taiwan die Grundlage für seine Eigenstaatlichkeit verliert oder sie ihm sogar gezielt entzogen wird? Hat Taiwan überhaupt realistische Chancen, sich einer Öffnung gegenüber dem Festland – direkten Verkehrs- und Handelsbeziehungen, Liberalisierung von Investitionen und Finanztransaktionen – noch länger zu verweigern? Taiwans Regierung steckt hier in einer Zwickmühle, denn sowohl in einer Öffnung wie auch in der Verweigerung der Öffnung stecken schwer kalkulierbare Risiken. Die einzige Hoffnung liegt darin, gegenüber China einen deutlichen Vorsprung zu wahren bei allem, was den Menschen wichtig ist: Einkommen, kulturelle Angebote, saubere Umwelt, Freizügigkeit, Rechtssicherheit usw. Genau diese Überlegungen – dass nämlich zum Wirtschaftsstandort mehr gehört als hohe Wachstumsraten, vielmehr das ganze Lebens- und Wirtschaftsumfeld – verarbeitet der Sechs-Jahres-Plan. Ob es gelingt, ihn erfolgreich umzusetzen, wird für Taiwans Zukunft – im Zeitraum bis etwa 2010 – womöglich entscheidend sein.

Sollte es der politischen Führung aller maßgeblichen im Parlament vertretenen Parteien nicht gelingen, sowohl

auf politischer wie auf wirtschaftlicher Ebene (samt kulturellem, ökologischem etc. Umfeld) in den nächsten zwei Jahren (bis zur nächsten Präsidentenwahl) die Weichen für mehr nationalen Grundkonsens und mehr Taiwan-Identität zu stellen, könnte es für den Bestand der Inselrepublik rasch eng werden. Schon jetzt leben einige Hunderttausend Taiwaner auf dem Festland und machen dort Geschäfte; auch ihre Kinder wachsen dort auf. Je mehr sich Taiwan öffnet – und zu mehr Öffnung zwingt es schon die WTO-Mitgliedschaft –, desto mehr Taiwaner werden dem Weg der Investitionsmittel aufs Festland folgen, und es werden, wie schon jetzt, nicht die arbeitslos werdenden Industriearbeiter der „alten“ Branchen, sondern gut ausgebildete, unternehmerisch aktive Menschen sein. Eine Auszehrung Taiwans wird es zwar nicht geben, wohl aber wird Festlandchina auf der Insel an Dominanz gewinnen – es wird taiwanische Firmen aufkaufen (vielleicht nicht direkt, sondern über Umwege), wird in Taiwan Immobilien erwerben, wird Politiker bestechen und legale Einflussmöglichkeiten nutzen, wie sie eine Demokratie nun einmal bietet. Tatsächlich hat diese Entwicklung in einem derzeit noch nicht überschaubaren Maß schon begonnen. Die gute Botschaft – dass China nicht mehr, wie früher, Taiwan bei jeder Gelegenheit mit militärischer Intervention droht – hat hier ihre Kehrseite. Der Schritt von der wirtschaftlichen zur politischen Dominanz Chinas auf Taiwan wird so immer mehr schrumpfen – und auch ein perfekter militärischer Schutzschild wird dann bald überflüssig werden.